

St. Peters Bote,
die älteste deutsche katholische Zeitung
Canadas, erscheint jeden Mittwoch in
Münster, Sask., und kostet bei Voraus-
zahlung:
\$2.00 . . . per Jahrgang
Einzelne Nummern 5 Cts.
Ankündigungen werden berechnet zu
50 Cents pro Zeile einseitig für die
erste Einrückung, 25 Cents pro Zeile für
nachfolgende Einrückungen.
Falschungen werden zu 10 Cents pro
Zeile wöchentlich berechnet.
Geschäftsanzeigen werden zu \$1.00
pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$10.00
pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei
großen Aufträgen gewährt.
Jede nach Ansicht der Herausgeber
für eine erstklassige katholische Familien-
zeitung unpassende Anzeige wird unbe-
dingt zurückgewiesen.
Man adressiere alle Briefe u.f.w. an
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Lanaudin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

17 Jahrgang, No. 2 Münster, Sask., Mittwoch, den 23. Februar 1920. Fortlaufende No. 834.

St. Peters Bote,
the oldest Catholic newspaper in
Saskatchewan, is published every
Wednesday at Muenster, Sask. It is
an excellent advertising medium.
SUBSCRIPTION:
\$2.00 per year, payable in advance.
Single numbers 5 cents.
ADVERTISING RATES:
Transient advertising 50 cents per
inch for first insertion, 25 cents per
inch for subsequent insertions. Read-
ing notices 10 cents per line. Dis-
play advertising \$1.00 per inch for
4 insertions, \$10.00 per inch for one
year. Discount on large contracts.
Legal Notices 12 cts. per line nonpa-
reil 1st insertion, 8 cts. later ones.
No advertisement admitted at any
price, which the publishers consider
unsuited to a Catholic family paper.
Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note vom 25. Januar, worin vorgeschlagen wurde, die von den Alliierten zur Auslieferung verlangten Deutschen vor das Reichsgericht in Leipzig zu stellen, lautet dahin, daß dieser Ausweg aus der schwierigen Lage im Einklang stehe mit dem in Frage kommenden Artikel 228 des Friedensvertrages. Das Beweismaterial gegen die Angeklagten wird von einer internationalen Kommission gesammelt werden. Die Alliierten verpflichten sich, den Verlauf der Verhandlungen vor dem Reichsgericht, dem höchsten Gerichtshof in Deutschland, in keiner Weise zu beeinflussen. (Somit erlauben also die Alliierten, daß die wegen Kriegsverbrechen von den Alliierten angeklagten Deutschen in Deutschland prozessiert werden. Sie brauchen daher nicht ausgeliefert zu werden. Die Red.) Der Bericht aus London, daß die Alliierten Holland Gelegenheit geben möchten, den früheren Kaiser los zu werden, indem sie erlauben, daß ihm ein Aufenthalt auf einer Insel in Hollandisch-Indien angewiesen werde, statt ihn den Alliierten auszuliefern, hat große Ueberraschung hervorgerufen. Unter der Verfassung Hollands könnte der Ex-Kaiser nicht gewaltsam deportiert, sondern müsste überredet werden, sich verbannen zu lassen. Holland zeigt sich indes geneigt, den Ex-Kaiser streng zu bewachen.

Der frühere deutsche Kronprinz, Friedrich Wilhelm hat kurz bevor die Alliierten erlaubten, daß die deutschen Kriegsbeschuldigten in Leipzig prozessiert werden dürfen, von der Insel Biederstein, Holland, aus an den Präsidenten der Ver. Staaten eine Kabinetsnote geschickt, in der er sich erbötig zeigte, sich anstatt der 900 verlangten Deutschen den Alliierten zum Prozeß zu stellen. Major von Mülheim, früherer Adjutant des Kronprinzen, erklärte hierauf, daß der Ex-Kronprinz ohne Ueberlegung gehandelt habe und sich von einem augenblicklichen Impuls habe hinreißen lassen.

Nach amtlichen Zahlen errang Dänemark bei der Volksabstimmung in der Nordzone der Provinz Schleswig einen überwältigenden Sieg. Anhänger von Dänemark gaben 75,023 Stimmen ab. Die Deutschen brachten nur 25,087 zusammen. 150 Wahlbezirke gaben mit nur 6 Ausnahmen dänische Mehrheiten ab. Die internationale Kommission, die die Abstimmung leitete, beschloß das Plebiszit in der zweiten Zone bis zum 14. März zu verschieben.

London. Der Rat der Premierminister hat am 14. Feb. dem Vertreter Jugoslawiens eine ultimativ-ähnliche Note überreicht, in der sofortige Erledigung des adriatischen Streits verlangt wird. Die französischen Beschwerden über die Verzögerung deutscher Kohlenlieferungen für Frankreich wurden der Entschädigungskommission überwiesen. Der Rat besprach auch die ungarische Lage.

Präsident Wilson drohte am 16. Feb. in einer Note an Großbritannien und Frankreich, in der er gegen die beabsichtigte Lösung der adriatischen Frage protestierte, daß er die amerikanischen Streitkräfte, die Polizeidienste im adriatischen Gebiet verrichten, zurückziehen würde, wenn die Ver. Staaten

in der Fiume-Frage nicht zu Rate gezogen wurden.

Die französische Presse ist über das Verhalten des Präsidenten Wilson empört. In besonders erbitterter Weise wird der Präsident von der Zeitung „La Liberté“ angegriffen, indem sie erklärt, „daß dieser Mensch, dem im eigenen Lande opponiert wird, wiederum versucht, den europäischen Mächten einen Stein in den Weg zu legen. Von seiner stolzen Hoiierung im Weißen Hause aus macht er wieder den Versuch, sich in Angelegenheiten Europas einzumischen, von welchen er nichts versteht.“ In England ist die Meinung über die Fiume-Frage geteilt. Verschiedene Engländer in leitenden Stellungen sind überzeugt, daß die einzige Lösung in Ueberweisung der ganzen Angelegenheit an den Völkerbund besteht. Andere Kreise sind der Meinung, daß Präsident Wilson versöhnt und ein Bruch mit den Ver. Staaten verhütet werden müsse, daß es besser sei, sich die Feindschaft von Jugoslawien und Italien zuzuziehen, als die künftige Mitwirkung von Amerika zu verlieren. So sagt der „Globe“: „Fiume bedeutet in Wirklichkeit nichts für uns, während gute Beziehungen zu den Ver. Staaten alles sind. Die Zukunft der Menschheit hängt zum großen Teil von ihrer Erhaltung ab, und wir werden mit Amerika wegen eines zwei Penny-Streifens von Dalmatien nicht zanken.“

Der Exekutivrat des Völkerbundes trat am 11. Feb. im Thronsaal des St. James-Palastes zu seiner ersten Geschäftssitzung zusammen. A. J. Balfour, der frühere britische Sekretär des Völkerbundes, eröffnete die Sitzung. Die Ver. Staaten waren nicht vertreten, aber Balfour und Bourgeois, der Vorsitzende des Rates, äußerten die Hoffnung, daß die Abwesenheit Amerikas nur vorübergehend sein werde. Gelegentlich seiner zweiten Sitzung hat der Rat mehrere wichtige Entscheidungen getroffen, darunter die Wiederbestätigung der Neutralität der Schweiz. Auch ist es wahrscheinlich, daß man sich mit dem Einwand des amerikanischen Senats einverstanden erklären wird, wonach die Ver. Staaten keine Truppen ins Ausland senden brauchen. Ferner wurde beschlossen, eine internationale Finanzkonferenz einzuberufen, um sich mit der finanziellen Krise der Welt zu befassen und Abhilfsmittel zu erfinden.

Dem Vernehmen nach hat der Rat der Vorkonferenz beschlossen, den Sultan in Konstantinopel zu belassen, doch darf die Türkei kein stehendes Heer in Europa unterhalten, auch muß sie der Kontrolle über die Dardanellen entsagen. Wie die Dardanellenstraße militärisch kontrolliert werden soll, wird von dem Obersten Rat noch näher bestimmt werden.

England ist den anderen Alliierten, soweit der Import deutscher Farbstoffe in Frage kommt, erheblich voraus. Schon sind 300 Tonnen hier eingetroffen. Ein Komitee von Farbstoff-Verbrauchern ist unter den Auspizien der englischen Handelskammer nach Deutschland gereist, um dort 2000 Tonnen Farbstoffe aufzukaufen, unabhängig von den 1500 Tonnen, die England durch den Friedensvertrag zufallen. Eine kürzlich vorgenommene Inventaraufnahme deutscher Farb-

stoffe soll den Nachweis erbracht haben, daß Deutschland etwa 22,000 Tonnen an Hand hat, von welchen 5,500 Tonnen den Alliierten als Schadenerlafz zufallen.

Paris. Paul Deschanel wurde am 18. Feb. der 10. Präsident der Republik in Nachfolge von Raymond Poincaré. Der Regierungswechsel fand Nachmittags im Elysee-Palast statt. Die Feierlichkeit war durch prächtiges Wetter begünstigt.

Wien. Im letzten Monat erklärten sich drei Waller Firmen bankrott. Die letzte Bankrotterklärung soll den 400 Klienten der Firma, unter welchen sich Mitglieder des Adels und des Klerus befanden, 40,000,000 Kronen gekostet haben. Das Publikum hat in den drei Bankrotterfällen über 100,000,000 Kronen verloren.

Vierzigtausend Erkrankungen an Influenza sind hier berichtet und die Todesrate ist sehr hoch. Unter den jüngsten Opfern war Dr. Ernst Wertheim, ein weltberühmter Spezialist und Chirurg.

Budapest. Roland Hegeß, der Finanz-Verater der ungarischen Friedensdelegation, hat folgende Erklärung abgegeben: „Es wäre eine Verleumdung, von Ungarn zu verlangen, daß die finanziellen Klauseln durchgeführt werden müssen. Es gibt gar kein Mittel mehr, um unsere Verschuldung überhaupt zu messen. Es ist unmöglich, dem verkleinerten Ungarn größere Schulden aufzuhalsen, als das vereinigte Land jemals gehabt hat. Ungarn gab im Krieg über 35,000,000,000 Kronen aus, wofür nach dem Vertrag die verlorenen Provinzen nicht verantwortlich sein sollen.“

Rom. Die hiesigen Schulen wurden infolge einer Zunahme der Influenza geschlossen. In Rom werden durchschnittlich täglich 90 Menschen der Seuche.

Griechenland. Im griechischen Teile Mazedoniens und in Saloniki haben Kundgebungen von Bolschewisten stattgefunden. In Mazedonien geschah dies während eines Eisenbahnstreiks und die Führer wurden verhaftet. In Saloniki zogen nach Schluß einer sozialistischen Versammlung ungefähr 200 Männer mit roten Fahnen unter dem Rufe „Es lebe Lenin!“ durch die Straßen.

Rumänien. In Rumänien ist allgemeine Mobilisierung angeordnet worden, um das stete Vordringen der bolschewistischen Armeen aufzuhalten. Ueber ganz Rumänien ist der Belagerungsstand verhängt worden, eine strenge Presszensur ist wieder eingeführt, und andere Maßregeln sind ergriffen worden, um der inneren radikalen Bewegung Herr zu werden.

Warschau, Polen. Mitglieder des Landtags und die Zeitungen besprechen jetzt hauptsächlich die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit der russischen Sowjetregierung. Die Pläne der Befürworter von Verhandlungen sind so weit vorgeschritten, daß die Stadt Riga als Beratungsort vorgeschlagen wurde.

Rußland. Die Verhandlungen zwischen Litwinow, Vertreter der Sowjetregierung, und O'Grady, Vertreter Englands, über den Gefangenen-austausch sind beendet worden. Beiderseits werden alle Gefangenen freigelassen und heimgeführt werden. Ein gleiches Abkommen wurde zwischen der Sowjet-

regierung und der in Archangel getroffenen.

Note Truppen zogen in Tiraspol ein, das 73 Meilen nordwestlich von Odessa, an der Grenze Bessarabiens liegt.

In Bladivostok und anderen Orten des östlichen Sibiriens ist eine Revolution ausgebrochen. Die Gewalt liegt jetzt in den Händen einer neuen provisorischen Regierung, welche eine Vereinigung mit Sowjetrußland begünstigt.

Die Kunde von der Hinrichtung von Admiral Koltshak, dem ehemaligen Haupt der allrussischen Regierung, ist amtlich bestätigt. Er und einer seiner Minister, Pepseljanow, wurden am 7. Feb. um 5 Uhr morgens in Jekaterinburg erschossen. Das dortige Revolutionskomitee beschloß um 2 Uhr in der Frühe die Hinrichtung der beiden Beamten. Mitglieder des Komitees erschossen die Opfer dann rasch, da sie Rettungsversuche befürchteten. Weshalb aufgehört wurde, daß der Admiral und der Minister dem Revolutionskomitee in die Hände fielen, ist nicht aufgeklärt. Agenten der Alliierten suchen die Gründe zu ermitteln und die Verantwortung für das Geschehen festzustellen.

Aus Canada

Saskatchewan
Regina. Dr. Seymour, Kommissar für öffentliche Gesundheit, erklärt er sei der Ansicht, daß 75% der Bevölkerung dieses Jahr gegen die Influenza gefeit seien, und daß etwa 25% der Ansteckungsgefahr ausgelegt sein werden. Die Krankheit trete dieses Jahr nicht so böseartig auf wie letztes Jahr, doch sei bei Erkältungen alle Vorsicht geboten, weil sonst leicht Augenentzündung eintreten könne.

In den letzten drei Jahren sind von Schulkindern der Provinz beinahe 2,750,000 Gopherkugeln abgeliefert worden. Es ist nötig, daß auch dieses Jahr gegen diese Pest mit allen Mitteln vorgegangen wird. Durch Tötung der obengenannten Zahl von Gophern wurden wenigstens 900,000 Bu. Getreide vor Vernichtung bewahrt.

North Battleford. Am 15. Febr. wurde hier ein Council der Kolombustritter gegründet. Ungefähr 300 Mann nahmen Teil am Bankett in den Geschäftsräumen der Battleford Trading Co. Mehrere Spezialwaggons von Humboldt, Saskatoon, Prince Albert und Edmonton brachten die auswärtigen Besucher nach Battleford.

Elrose. Infolge Explodierens einer Petroleumlampe wurden in hiesiger Gegend Frau Rob. Davidson und zwei ihrer Kinder zu Tode verbrannt.

Moose Jaw. Die 11. Jahresversammlung der Molkerei-Leute fand bei reger Beteiligung hier statt. Die Provinzial-Molkereikommissar B. E. Reed berichtete, sich während der Saison 1919 fünf neue Molkereien eröffnet worden, jedoch sich jetzt in der Provinz 43 befinden, deren Gesamtproduktion sich auf 6,598,000 Pfund Butter beläuft. Im Jahre 1919 stellte sich der Gesamtwert der Molkereiprodukte der Provinz auf \$16,769,000, etwa um 3 Millionen Dollar mehr als in 1918. Der Gesamtwert der Molkereiprodukte Canadas wurde auf 250,000,

000 Dollars berechnet, wovon \$65,000,000 auf den Export entfallen.

Alberta
Edmonton. Alberta hatte diesen Winter den stärksten Schneefall seit 20 Jahren zu verzeichnen. Der offizielle Bericht verzeichnet 64 1/2 Zoll, also etwa 5 1/2 Fuß. Der Farmer sieht in reichlichen Schneefällen die Vorbedeutung einer guten Ernte.

British Columbia
Vancouver. Im Aufgebiet ist eine große Silberader bloßgelegt worden. Wie der hier wohnende frühere Gouverneur vom Yukon berichtet, soll dies der größte Fund sein der je in Canada gemacht wurde. Das Silbererz liefert \$250 bis \$1500 auf die Tonne, und es soll tatsächlich Berge hoch sein.

Manitoba
Winnipeg. Im Jahre 1919 gingen in Manitoba durch Feuer Werte von \$1,643,862 oder \$26.67 pro Kopf der Bevölkerung verloren; davon entfielen auf Winnipeg \$606,579 oder 37 Prozent der Gesamtsumme. Im Jahre 1914 gingen an Gebühren für Versicherungen nur \$4,404 ein gegen \$53,499 in 1919. Die Versicherung betrug \$1,101,672 in letzten Jahre; im Jahre 1917 dagegen \$1,654,310. Elf Menschenleben gingen durch Brände zugrunde.

Wie Walter Thorn aus Moose Jaw, der Vorsitzende des westlichen Verbands von Holzhändlern, sagte, werden die Holzpreise voraussichtlich noch weiter emporsteigen und geraume Zeit nicht zurückgehen.

Ontario
Ottawa. Canada hat die britische Regierung benachrichtigt, daß es gegen jede Veränderung sei im Völkerliga-Vertrag, durch die es verhindert würde, ein selbständiges, vollberechtigtes Mitglied zu sein mit einer Stimme im Großen Rat.

Seit dem Beginn des Schiffbauprogramms hat die Regierung bei verschiedenen canadischen Gesellschaften 60 Stahldampfer bestellt, von denen 23 abgeliefert sind. Wie verlautet, wird vom Parlament eine Bewilligung von 20 Millionen Dollars verlangt werden zur Fertigstellung der anderen Schiffe.

Während des Jahres 1919 wanderten 52,064 Personen aus den Ver. Staaten nach Canada aus, berichtet das canadische Einwanderungsamt. Dies ist die Hälfte aller Einwanderer des letzten Jahres. Von diesen gehörten über 25,000 der Farmerklasse an. Die Amerikaner brachten an barem Gelde und anderem Eigentum \$18,419,406 nach Canada hinein.

Die Zensusbeamten in Ottawa schätzen, daß Canada jetzt eine Bevölkerung von 8,835,102 Seelen besitzt, und zwar entfallen davon auf Ontario 2,820,909, Quebec 2,326,528, British Columbia 778,000, Saskatchewan 754,090, Manitoba 658,903, Alberta 587,770, Nova Scotia 518,761, New Brunswick 368,760, Prince Edward Island 93,728, Northwest Territories 18,481, Yukon 8512. Die Einwohnerzahl der Hauptstädte wird wie folgt angegeben: Montreal (mit Vororten) 744,964, Toronto 473,829, 473,829, Vancouver 102,550, Winnipeg wahrscheinlich 200,000.

Etwa 2000 frühere Bürger der Ver. Staaten, die wegen des Krieges ihre canadischen Naturalisationspapiere nicht bekommen konnten und daher nicht Eigentümer ihrer Farmen werden konnten, können jetzt ohne Aufschub hier ihre Bürgerpapiere bekommen.

Wilton, Ont. Premier E. C. Drury wurde im Halton County mit einer Mehrheit von 2,259 Stimmen über seinen Gegner Edward J. Stephenson, einem zurückgetretenen Soldaten, gewählt.

Quebec
Quebec. Zu Pointe Blason, westlich von hier, hat das Eis eine feste Brücke über den St. Lorenz-Strom gebildet. Es ist das erste Mal seit dem Jahre 1898, daß der Fluß an dieser Stelle zugefroren ist. Montreal hatte im Januar dieses Jahres 20 Tage zu verzeichnen, in denen das Thermometer unter Null Fahrenheit stand.

Washington. Am 7. Febr. wurde hier eine neue, revidierte Verlustliste der amerikanischen Expeditionstruppen im Weltkrieg angegeben. Danach sind: im Kampf gefallen, einschl. der 382 zur See, 34,738, an Wunden gestorben 13,960, an Krankheiten 23,738, an Unfällen usw. 5102; verwundet 215,423.

Bekanntmachung.

Nach eingehender Prüfung und Erwägung muß die Generalleitung des Volksvereins wieder auf eine schnelle Hilfe für die Notleidenden in Europa dringen. Sie hat deshalb in der letzten Nummer darauf hinweisen lassen, daß Geldgaben das leichteste und schnellste Mittel ist, der Not zu steuern, da Geldgaben per Kabel in kurzer Zeit übermittelt werden können, und wegen des geringen Wertes europäischen Geldes unser Dollar dafselbst vieles leisten kann.

Doch werden auch alle Gaben in guten Waren von den Sammelstellen dankbar entgegengenommen und sobald als möglich überliefert. Auch später ist noch Hilfe nötig, und diese Waren werden immer noch rechtzeitig ankommen. Nur möchten wir bitten, wenn möglich etwas Geld zur Beförderung der Waren dazu zu steuern.

Die Sammelstellen sind angewiesen, Geber und Gaben im „St. Peters Bote“ und der „West Canada“ zu veröffentlichen.

Die Generalleitung,
Vibank, Sask., den 20. Februar 1920.